

Civic Tech und politisches Handeln in der digitalen Konstellation



Niklas Rakowski ist Doktorand in der Forschungsgruppe 12 „Demokratie und Digitalisierung“

In einem Workshop gemeinsam mit Coder*innen und Aktivist*innen suchte die Forschungsgruppe 12 „Demokratie und Digitalisierung“ nach Schnittpunkten zwischen wissenschaftlicher Forschung und zivilgesellschaftlichem Engagement.

Im Diskurs über Gefahren und Potenziale digitaler Technologien für Gesellschaft und Demokratie richtet sich das Augenmerk einerseits auf die Anbieter sozialer Medien und andere Plattformen (sogenannte Intermediäre), andererseits auf staatliche Akteure. Seltener im Fokus steht die Zivilgesellschaft. Dabei eröffnen digitale Technologien Möglichkeitsräume, die gerade durch zivilgesellschaftliche Akteure genutzt werden, um Demokratie in einer vernetzten Gesellschaft neu zu denken. Coder*innen und Aktivist*innen testen innovative Partizipationsformen, entwickeln Fact-Checking-Tools und programmieren Auskunfts- und Informationsangebote für Bürger*innen. Gemeinsam haben diese Ansätze, dass Probleme der Demokratie im Digitalen verortet werden und auch im Digitalen nach Lösungsansätzen gesucht wird.

Einige Beispiele: Der Verein welobby setzt auf eine digitale Plattform, um für Anliegen der Zivilgesellschaft Lobbyismus zu betreiben. Jede*r Interessierte kann eine Idee einreichen, woraufhin eine Crowdfunding-Kampagne für das Projekt initiiert und im Anschluss professionelle Lobbyarbeit bei Abgeordneten und den Fraktionen im Bundestag geleistet wird. Um im Bundestag für mehr Transparenz zu sorgen, entwickelte DEMOCRACY Deutschland e. V. eine App, auf der sich Bürger*innen über alle aktuellen Gesetzesvorhaben informieren sowie quasi als virtuelle Abgeordnete, selbst über Anträge entscheiden und die eigene Position mit dem Abstimmungsverhalten der Politiker*innen vergleichen können. Die App zählt seit ihrem Start bereits über 60.000 aktive Nutzer*innen. Einer zentralen Herausforderung digitaler Öffentlichkeit widmet sich die gemeinnützige GmbH HateAid: Hassrede im Netz trifft insbesondere marginalisierte Gruppen und gefährdet die demokratische Meinungsbildung. Durch psychologische Erstberatung, strategische Gegenmaßnahmen und Hilfe bei der Rechtsdurchsetzung begegnet HateAid Hassreden mit einem umfassenden Angebot.

Die Forschung hat sich bislang wenig mit diesen Initiativen befasst – weder als Forschungsgegenstand noch als mögliche Kooperationspartner in der Entwicklung von Frage- und Problemstellungen. Die Forschungsgruppe 12 „Demokratie und Digitalisierung“ des Weizenbaum-Instituts hat deshalb die bereits aufgeführten Initiativen sowie weitere Akteure der digitalen Zivilgesellschaft (darunter Liquid Democracy, WePublic, DECiDe, Kleiner Fünf, TraceMap, PAUL Open Search und FragDenStaat) Anfang Juni 2019 zu einem gemeinsamen Workshop eingeladen. In den drei Tracks zu „Partizipation & Deliberation“, „Populismus & politisches Handeln“ und „informierte Öffentlichkeit“ wurden in einem offenen Format übergeordnete Fragestellungen diskutiert und gemeinsame Perspektiven entwickelt. „Für mich war es einfach sehr anregend, die vielen Initiativen und Start-ups näher kennenzulernen. Obwohl wir uns als Wissenschaftler*innen auf dem gleichen Feld bewegen und auch viele Ziele teilen, verliert man in der Forschung doch leicht den Überblick über alles, was da draußen passiert“, fasst eine der Teilnehmer*innen aus der Wissenschaft ihre Eindrücke zusammen.

Gemeinsame Interessen und Schnittpunkte gab es viele. „HateAid präsentierte auf dem Workshop eine selbst entwickelte Legal-Tech-Anwendung, mittels derer Rechtsverstöße automatisiert abgemahnt und die verhängten Bußgelder zur Refinanzierung des Projekts genutzt werden. So etwas stieß natürlich auf große Resonanz bei Wissenschaftlern, die sich mit rechten Netzwerken und Populismustheorien befassen“, erinnert sich Niklas Rakowski, der als Doktorand am Weizenbaum-Institut den Workshop mitorganisiert hat. „Spannend war für alle Teilnehmenden aber auch, dass in der Diskussion die unterschiedlichen Demokratieverständnisse deutlich wurden, die den präsentierten Apps und Initiativen zugrunde liegen.“ welobby möchte innerhalb bestehender parlamentarischer Strukturen Lobbyaktivitäten der Zivilgesellschaft stärken, WePublic

neue Deliberationsformate etablieren und das Projekt DECiDe des Alexander von Humboldt Instituts für Internet und Gesellschaft austesten, inwieweit durch Losverfahren ermittelte Bürger*innen eine Alternative zu bestehenden Abstimmungsverfahren darstellen können. „Diese Rückbindung von praktischen Anwendungen und technischen Entwicklungsvorhaben an Demokratietheorien hat, glaube ich, für alle Teilnehmenden des Workshops eine starke Reflexion auf das eigene Handeln ausgelöst“, meint Rakowski.

Andere Fragen wurden eher kontrovers diskutiert. Lassen sich vermeintliche Repräsentationsdefizite durch bessere Kommunikationsangebote zwischen Wähler*innen und Gewählten überwinden oder können nur digitale Bürgerräte eine Gemeinschaft sinnvoll repräsentieren? Reicht es zur Bekämpfung populistischer Akteure aus, deren Desinformationskampagnen aufzudecken oder bedarf es strategischer Gegenmaßnahmen? Und welche Funktionen nehmen hierbei Wissenschaft und Zivilgesellschaft ein?

Auch ganz praktisch wurde über Möglichkeiten der Kooperationen nachgedacht: Wo benötigen Akteure aus der Zivilgesellschaft besser aufbereitete Zahlen, zum Beispiel über Hassrede im Netz, um die Wirksamkeit ihrer Projekte gegenüber potenziellen Förderpartnern besser belegen zu können? Und wo verfügen App-Entwickler*innen andererseits über Daten, die für Wissenschaftler*innen interessant sein könnten?

Für die Mitglieder der Forschungsgruppe war der Workshop auch deshalb interessant, weil eines ihrer zentralen Ziele ist, theoretische Forschung mit praktischen Anwendungsbeispielen zu verknüpfen. In den Forschungsschwerpunkten Öffentlichkeit, Partizipation und Herrschaft wird so beispielsweise das Wechselwirkungsverhältnis zwischen digitalen Technologien und Demokratie untersucht. Civic Tech und politisches Handeln spielen

dabei eine zentrale Rolle. Deshalb versteht sich die Forschungsgruppe auch als Schnittstelle, an der zivilgesellschaftliche Akteure mit Forscher*innen zusammentreffen, Impulse aus der Praxis aufgenommen und Forschungsergebnisse in die Gesellschaft getragen werden.

Das Zusammenspiel von sozialen Aneignungsprozessen digitaler Technologien und deren reziprokes Einwirken auf Gesellschaft, Staat und Demokratie lässt sich jedoch erst dann zutreffend beschreiben, wenn auch zivilgesellschaftliche Erkenntnisse berücksichtigt werden. Dazu lieferte der Workshop eine erste Gelegenheit – es wird nicht die letzte gewesen sein.



Niklas Rakowski auf dem vom Weizenbaum-Institut organisierten Civic-Tech-Workshop